

## Editorial



### Let me entertain you

Liebe Kolleginnen und Kollegen  
Hoffentlich seid ihr alle gut ins  
neue Jahr gerutscht – gesund und

zwäg und bereit für neue Herausforderungen.

Seid ihr auch über die Festtage ab und zu vor dem Fernseher abgehängen? Schon erstaunlich – diese ganze Swissness und die bewährten Werte – da kommt man auf fiese Gedanken und scannt diese beschauliche Nabelschau nach gewerkschaftlichen und sozialen Kriterien ab:

Heidi zum Beispiel: Wäre die Base Dete auch so eine Hassfigur, wenn es ein Onkel Deterich gewesen wäre? Ein Mann im besten Arbeitsalter würde schon gar nicht für seine kleine Nichte verantwortlich gemacht. Von Frauen hingegen wird Care-Arbeit erwartet, auch

der Verzicht auf eine gute Stelle. Der Alpöhi auf seiner Alp hatte als Selbstversorger den Arbeitsplatz zu Hause und somit einen fließenden Übergang zwischen Arbeit und Familie, was eigentlich wünschenswert wäre. Allerdings funktionierte das bei so einem asozialen Einsiedler nicht ganz. Heidi lernte schliesslich erst in Frankfurt Lesen und Schreiben.

Weil es Kindergeschichten sind wissen wir nichts über die Zukunft von Heidi oder dem Mobbing-Opfer Schellen-Ursli. Vielleicht musste Heidi (1. Ausgabe 1879) auswandern wie viele in diesen mageren Zeiten. Als die Geschichte Schellen-Ursli entstand (1945) lag Europa in Trümmern und Ziegen-

bauern hatten auch keine rosigen Aussichten.

Vielleicht gibt es für die Schweiz so etwas wie ein kollektives Unterbewusstsein. Wir wollen – wie Melania Trump – auch nie mehr arm sein und lassen uns dafür von jedem reichen Sack vorführen...

Apropos Reichtum: Ganz schlimm ist «Dinner for one». Da wird ein lohnabhängiger Hausangestellter während der Arbeit zum Trinken genötigt – notabene ohne Essen. Die Arbeitssicherheit wird zugunsten der Dekoration (Tigerfell) übergegangen. Hingegen ist ein sexueller Missbrauch nicht klar erwiesen. Das Augenzwinkern am Schluss kann vor Gericht als Einvernehmen

lichkeit interpretiert werden. Was meinen Missbrauchsoffer auf #me-too dazu?

Übrigens: Weiss jemand wie es um die Arbeitszeiten in Bestattungsinstituten aussieht? Pikett-Zulagen und so?

Seriosität beiseite, wir wollen uns noch am Leben freuen und nicht solche Spass-Bremsen sein. Trotzdem werden wir auch im 2019 nicht darum herum kommen einigen Protagonist\_innen die Party zu vermiesen.

In diesem Sinn: Same procedure as last year!

☞ Marlen Pauli,  
Co-Präsidentin Unia Einheit Bern/OAE

14. Juni 2019

## Auf zum Frauenstreik

**2018 war ein wichtiges Jahr. Wir haben demonstriert, wir sind für unsere Rechte eingestanden und wir haben weite Kreise von Unterstützer\_innen mobilisiert. Wir haben die Diskriminierung der Frau in den verschiedensten Bereichen des ökonomischen und sozialen Lebens aufgezeigt und deutlich gemacht, dass diese Missstände gesamtgesellschaftlich schlichtweg nicht mehr mitgetragen werden. «Enough is Enough!» Dabei ist eines klar geworden: Argumentation und Demonstrationen alleine bringen uns nicht weiter.**

Die Sachlage ist eindeutig. Selbst die haarsträubendsten Fakten – zum Beispiel, dass Frauen in der Schweiz jedes Jahr 10 Milliarden weniger verdienen als Männer – sind in der Diskussion langweilig geworden. Zu oft haben wir sie schon gesagt, gehört und zu oft blieben sie wirkungslos. Politische Entscheidungsträger\_innen, allen voran ein durch bürgerliche Männer dominiertes Parlament, ignorieren unsere Argumente oder sprechen ihnen einfach plump den Wahrheitsgehalt ab. Wie wollen wir rational mit der Legislativen in Austausch treten, wenn diese selbst den eigenen Statistiken die Legitimationsgrundlage entzieht, sobald letztere für die Untermauerung von Frauenforderungen eingesetzt werden? Dies ist umso enttäuschender wenn man bedenkt, dass unsere Überlegungen und Forderungen nicht nur faktisch richtig sondern darüber

hinaus auch gesellschaftlich breit abgestützt sind. Am 22. September 2018 haben 20'000 Frauen und solidarische Männer ihren Unmut über die aktuelle Gesetzeslage sowie die mehr als moderaten Reformvorschläge des Ständerats auf die Strasse getragen. Diese grösste Demonstration, welche die Schweiz in den letzten Jahren erlebt hatte, wurde vom Parlament schlichtweg ignoriert. Das nur drei Tage später vom Nationalrat verabschiedete Gleichstellungsgesetz ist eine reine Alibi-Massnahme und kann die in der Verfassung verankerte Gleichstellung von Mann und Frau in keiner Weise durchsetzen. Damit wollen und können wir uns nicht abspeisen lassen. Es bleibt uns nichts Anderes übrig, als den politischen Druck mit einem Streik zu erhöhen.

Anfangs 2019 arbeiten bereits in der ganzen Schweiz selbständig herausgebildete und offene Komitees an den Vorbereitungen für den nationalen Frauenstreik vom 14. Juni. Auch die Unia und der Gewerkschaftsbund verfolgen ihre offensive Gleichstellungspolitik konsequent weiter und machen den Streik zur zentralen Kampagne des Jahres. Es muss in den nächsten sechs Monaten darum gehen den Streik betrieblich zu verankern. Jede Frau hat zum Beispiel Erfahrungen mit sexistischer Diskriminierung gemacht. Aber jede Frau hat andere Strategien zum Umgang mit denselben und andere Chancen, sich dagegen zur Wehr zu setzen. Es gilt nun diese verschiedenen Positionen zu integrieren, denn eines ist klar: Wir können

nur erfolgreich sein wenn wir viele sind. Nur wenn wir den Tagesbetrieb in der ganzen Schweiz beeinträchtigen oder gar lahmlegen, haben wir eine Change ausreichend politischen Druck für die Durchsetzung unserer Forderungen herauszubilden. Unser Engagement darf sich aber nicht auf die Teilnahme an Streikaktivitäten am 14. Juni beschränken. Wir brauchen eine Vielzahl von Frauen, welche den Streik im Vorfeld in ihren jeweiligen Umfeldern vorbereiten. Dabei soll das spezifische Vorgehen nicht von den Gewerkschaften oder Parteien vorgegeben werden. Ein breit abgestützter politischer Streik ist immer eine pluralistische

Angelegenheit. Verschiedene Frauen müssen die Möglichkeit haben eine Vielzahl von Streikgründen zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen zusammenkommen, Erfahrungen austauschen, politische Zusammenhänge reflektieren und Forderungen formulieren. Darüber hinaus müssen wir spezifische Beteiligungsformen herausarbeiten. Nicht alle sind in der Position ihre Arbeit am 14. Juni komplett niederlegen zu können. In diesem Fall gilt es Aktionen zu planen, über welche unser Widerstand und unsere Forderungen greifbar werden. Ideen sind das frühzeitige Beenden der Schicht, Streikpausen oder Streikmittagessen, die Formulierung von

Massnahmen für den eigenen Betrieb oder symbolische Handlungen oder Repräsentationen.

Deshalb unser Aufruf: Organisieren wir uns! Machen wir unsere individuellen Streikgründe und Forderungen am 14. Juni sichtbar. Sprechen wir mit unseren Kolleg\_innen und motivieren unsere Freund\_innen und Kolleg\_innen dasselbe zu tun. Seien wir solidarisch. Planen wir Aktionen in unserem individuellen Umfeld. Koordinieren wir diese und legen wir die Schweiz am 14. Juni 2019 lahm.

☞ Stefanie von Cranach,  
Gewerkschaftssekretärin IG Frauen



Einheit  
Bern/OAE

IG Frauen

**Mitgliederversammlung**  
Unia Frauen Region Bern am **Donnerstag, 21.03.2019** und am **23.05.2019**, um 19.15 Uhr im Unia-Sekretariat Bern.

**Vorbereitung zum Frauenstreik**  
am **Mittwoch, 14.02.2019**, um 19.15 Uhr im Unia-Sekretariat Bern.

**Internationaler Tag der Frau** am **Freitag, 08.03.2019**, Infos folgen.

**Frauenblock am Tag der Arbeit**  
am **Mittwoch, 01.05.2019**.

**Workshop für den Frauenstreik**  
am **Samstag, 11.05.2019**, Infos folgen.

**Frauen\*zmorgen** am **Sonntag, 09.06.2019**, ab 10.00 Uhr, Infos folgen.

**Nationaler Frauenstreik** am **Freitag 14.06.2019**.

Gesundheit & Soziales

**Fachtagung** «Gemeinsam für gute Arbeitsbedingungen in Pflege und Betreuung» am **Samstag, 16. Februar 2019**, um 09.30 Uhr im Zentralsekretariat Unia in Bern.

Sektion

OAE

Baukader

**Hauptversammlung** am **Freitag, 01.03.2019**, um 19.00 Uhr im Restaurant Linde in Niederönz.

**Kegeln** am **Samstag, 06.04.2019**, um 16.00 Uhr im Restaurant National in Burgdorf.

Delegierten-  
versammlungen

Sektion Oberaargau-  
Emmental

**Samstag, 23. März 2019**, um 10.00 Uhr im Restaurant Bären in Sumiswald.

Sektion Bern

**Samstag, 6. April 2019**, ab 9.00 Uhr in der Heiteren Fahne in Wabern.

Einheit Bern/OAE

**Samstag, 4. Mai 2019**, ab 9.00 Uhr im Restaurant Schützenhaus in Burgdorf.

Termine  
Rentner\_innen

Unia SMUV  
Rentner\_innen

**Treberwurstessen** am **Mittwoch, 16.01.2019**, gemäss Einladungen.

**Hauptversammlung** am **Mittwoch, 13.02.2019**, gemäss Einladungen.

Unia GBI Rentner\_innen

**Hauptversammlung** am **Mittwoch, 13.03.2019**, gemäss Einladung.

**Jassen** an den **Dienstagen, 15. und 29.01., 12. und 26.02., 12. und 26.03., 09. und 28.04.2019** im Rest. Bahnhof-Süd in Bern.

**Kegeln** an den **Dienstagen, 08. und 22.01., 05. und 19.02., 05. und 19.03., 02., 16. und 30.04.2019** im Rest. Bahnhof-Süd in Bern.

Unia VHTL  
Rentner\_innen

**Hauptversammlung** am **Dienstag, 22.01.2019**, gemäss Einladung.

Unia Rentner\_innen-  
Gruppe Burgdorf

**Jassen** am **Dienstag, 05.02.2019** um 13.30 Uhr in der Tennishalle, Treff in Burgdorf.

**Kegeln** am **Donnerstag, 14.02., 11.04. und 16.05.2019**, jeweils um 14.00 Uhr im Restaurant National in Burgdorf.

**Muttertagsreise** am **Montag, 13.05.2019**, gemäss Einladung.

**Reise** nach Programm am **Donnerstag, 06.06.2019**, gemäss Einladung.

Kontaktangaben  
und Infos

Bist du umgezogen, hast die Telefonnummer, Email-Adresse oder die Firma gewechselt? Teile es uns unter 031 385 22 22, über [bern@unia.ch](mailto:bern@unia.ch) oder an unseren Schalter mit.

Nachruf

Ursula Stoll-Bühlmann

Am Donnerstag, 27. Dezember 2018 mussten wir Abschied nehmen von unserer langjährigen Kollegin und vorbildlichen Gewerkschafterin Ursula Stoll-Bühlmann. Im Alter von 72 Jahren verstarb sie in der Klinik Beau-Site in Bern.



Ursula Stoll begann ihre gewerkschaftliche Tätigkeit im Jahre 1994 bei der Gewerkschaft SMUV. Als kämpferische und selbstbewusste Frau schaffte es Ursula schnell, sich in der damals von Männern dominierten Gewerkschaft Gehör zu verschaffen. So war Ursula denn auch Bildungsbeauftragte der Gewerkschaft SMUV im Kanton Bern und nahm so Einsitz in zahlreichen Schulkommissionen und im Berufsbildungsrat, wo sie erfolgreich die Gewerkschaftsinteressen wahrte.

Nur fünf Jahre nach ihrem Eintritt in die Gewerkschaft SMUV übernahm Ursula als erste Frau die Leitung der SMUV-Region Oberaargau-Emmental. In ihren vielfältigen Tätigkeiten als Leiterin der SMUV-Region schaffte es Ursula mit ihrer offenen Art, Konflikte in

den Betrieben zu lösen und so optimale Bedingungen für die Arbeitnehmenden zu schaffen.

Erheblichen Anteil hatte Ursula auch an der gelungenen Fusion zur Gewerkschaft Unia im Oberaargau-Emmental. Mit ihrem grossen Einsatz im gesamten Fusionsprozess, trug Ursula einen wesentlichen Anteil zum jetzigen Funktionieren der Organisation bei.

Traurig über den Verlust unserer ehemaligen Arbeitskollegin möchten wir den Hinterbliebenen unser tiefes Beileid aussprechen. Ursula Stoll, welche ihr Wirken intensiv der Gewerkschaftsbewegung widmete, wird uns als Kollegin in bester Erinnerung bleiben.

Stefan Wüthrich, Leiter Einheit Bern/OAE

Wir trauern

Aeberhard Fritz, Uettligen  
Clausen Reinhard, Bern  
Gerber Hermann, Gondiswil  
Gerber Robert, Bigenthal  
Herrmann Heinz, Uetendorf  
Ismaili Ekrem, Oberburg  
Jakob Valentin, Bern  
Menzi Ernst, Bern  
Moser Anton, Konolfingen  
Pavlic Franjo, Bern  
Reber Fred, Bern  
Rubin Jürgen, Wynau  
Schmid Hansuli, Bern  
Schönberg Marcia, Biberist  
Schulthess Erika, Oberburg  
Stoll-Bühlmann Ursula, Rüschegg Heubach  
Stucki Werner, Burgdorf  
Suter Andreas, Ittigen  
Varatharajam Achutan, Bern  
Weingart Peter, Grossaffoltern  
Wirz Otto, Wahlendorf  
Wyssmann Edwin, Herzogenbuchsee

Neue  
Mitarbeitende

Sektion Bern



Katrin Huber  
Zahlstellenleiterin

Einheit Bern/OAE



Stefanie von Cranach  
Gewerkschaftssekretärin IG Frauen und Kommunikation

Sektion Bern

Steuererklärung 2018

Die Unia Sektion Bern bietet wie in den vergangenen Jahren Unterstützung beim Ausfüllen der Steuererklärung, durch einen kompetenten Berater, an.

Daten (nur mit Anmeldungen)

Jeden Samstag vom 02. Februar bis und mit 4. Mai 2019 (ausgenommen 20.04.2019).

Ort

Unia Sekretariat, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern, 1. Stock

Telefonische Anmeldung

Das Unia Sekretariat nimmt gerne deine Anmeldung unter der Telefonnummer 031 385 22 22 oder am Schalter entgegen. Bitte bei der Anmeldung unbedingt mitteilen, falls deine Steuererklärung einen grossen Zeitaufwand vermuten lässt (Liegenschaftsbesitz, Erbschaft).

Kosten

|                                                                  |               |           |                            |
|------------------------------------------------------------------|---------------|-----------|----------------------------|
| Steuererklärungen inkl. 5 Positionen im Wertschriftenverzeichnis |               |           |                            |
| Bruttoeinkommen                                                  |               |           |                            |
| bis                                                              | Fr. 40'000.00 | Fr. 30.00 | (Nichtmitglied Fr. 60.00)  |
| bis                                                              | Fr. 90'000.00 | Fr. 60.00 | (Nichtmitglied Fr. 90.00)  |
| über                                                             | Fr. 90'000.00 | Fr. 90.00 | (Nichtmitglied Fr. 120.00) |

|                                       |                                        |
|---------------------------------------|----------------------------------------|
| Zuschläge pro Liegenschaft            | Fr. 30.00<br>(Nichtmitglied Fr. 60.00) |
| Zuschlag für Wertschriftenverzeichnis | Fr. 30.00<br>(Nichtmitglied Fr. 60.00) |

Sektion OAE

Steuererklärung 2018

Nach dem Motto «Mitglieder helfen Mitgliedern» füllen die nachfolgenden Mitglieder Steuererklärungen aus. Bitte nehmen Sie zur Terminvereinbarung mit den aufgeführten Personen direkt Kontakt auf:

Oberaargau

**Monteduro Luigi**  
Mobil: 076 535 30 13, E-Mail: [monteduro@besonet.ch](mailto:monteduro@besonet.ch)

Emmental

**Ernst Rutschi**, Gewerkschaftsbund Emmental, Mühlegässli 1, 3550 Langnau i.E.  
Mobil: 079 651 03 52, E-Mail: [e.rutschi@outlook.com](mailto:e.rutschi@outlook.com)

Preise gemäss persönlicher Rücksprache.

Gedicht zum Frauenstreik

Liebe Leute, ihr solltet nicht ignorieren  
Wenn die Frauen protestieren  
Sie sind nicht das schwache Geschlecht  
Darum kämpfen sie um ihr Recht  
Gleiche Arbeit gleicher Lohn  
Dazu braucht es kein Megaphon  
Wenn die Frau ohne Manneskraft  
Bei ihrer Arbeit dasselbe schafft  
Sollte sie gleich viel verdienen  
Ohne vor dem Bundeshaus zu knien  
Darum würde es sehr viel nützen  
Wenn ihr alle helft, sie zu unterstützen

Beat Dick, Unia-Mitglied

## Bauhauptgewerbe

# Wie Lohn, LMV und Rente verteidigt wurden

**Hinter der Baubranche liegt ein bewegtes Jahr: Mit Versammlungen, Demonstrationen und Protesttagen sicherten die Beschäftigten ihre Arbeitsbedingungen. Ein Rückblick auf die Baukampagne der Sektion Bern**

Mehr als 50 Bauarbeiter sind es, die sich am Abend des 13. Dezembers im Casa d'Italia einfinden. Sie haben wichtiges zu besprechen. Erst kurz zuvor gelang es der Unia, dem Schweizerischen Baumeisterverband (SBV) ein Verhandlungsergebnis zur Erneuerung des Landesmantelvertrags abzurufen. Im Paket enthalten: Rettung der Rente mit 60, Verhinderung von noch längeren Arbeitszeiten, ein zweistufiger Lohnanstieg um insgesamt 160 Franken. Nun liegt es auch an den Bauarbeiter, das Ergebnis anzunehmen oder abzulehnen. Doch die Berner Búezer haben noch eine Menge Fragen. Etwa: «Wie steht es um den Kündigungsschutz von Älteren?» Hier hat die Gewerkschaft eine leichte Verbesserung erreicht, aber noch keinen Durchbruch. «Gibt es Fortschritte beim Umgang mit Schlechtwetter?» Nein, denn die Chef\_innen schalten weiter auf stur. Gut zwei Stunden wird erörtert, beraten, diskutiert. Am Ende aber sind sich die Kollegen einig: An Bern soll der Abschluss nicht scheitern; einhellig empfehlen die ihren Delegierten dem Ergebnis zuzustimmen.

Zwei Tage später passiert genau das. Die nationale Baukonferenz der Unia – hier kommen aus den Regionen delegierte Arbeiter\_innen der ganzen Schweiz zusammen – votiert zugunsten des Verhandlungsergebnisses. Damit steigt auch der Druck auf den Baumeisterverband (SBV). Am 21. Dezember ist dann klar: Der SBV beugt sich dem Willen der Arbeiter – auch seine Delegierten stimmen für die Annahme des Ergebnisses.

Damit endet ein Konflikt, der die Branche für weite Teile des Jahres in Atem gehalten hat. Mit einer gewaltigen Kraftanstrengung haben Kolleg\_innen und die Gewerkschaften einen positiven Ausgang für die Bauarbeiter\_innen erkämpft. Werfen wir einen Blick zurück auf die verschiedenen Etappen.

## Die Abstimmung

Schon zu Beginn 2018 befürchtete die Unia, dass den Baumeister\_innen allein mit klugen Worten und guten Argumenten nicht beizukommen wäre. Denn die schienen allzu entschlossen, ihr Abbauprogramm durchzusetzen: Weg mit der Rente mit 60 und rauf mit den Arbeitszeiten, den Lohn aber kaum anrühren. Um dem etwas entgegenzusetzen, brauchte es nicht nur eine fähige Verhandlungsdelegation. Vielmehr musste die Auseinandersetzung auf die Baustellen getragen werden.

In einem ersten Schritt organisierten Bauarbeiter\_innen und die



**Kampfbereit:** Im Mai stimmen Berner Arbeiter über das Organisieren von Protesttagen ab, sollte es bei den Verhandlungen keine Fortschritte geben

Unia Abstimmungen unter den Beschäftigten. Gefragt wurde, ob die Gewerkschaft Protesttage organisieren solle, falls es in Verhandlungen keine Fortschritte geben würde. Etwa 20'000 Arbeiter\_innen in der ganzen Schweiz setzten sich mit der Frage auseinander – und sie fanden eine deutliche Antwort: 93,1 Prozent stimmten mit Ja.

So auch in Bern. Doch bei einer einfachen Befragung sollte es nicht bleiben. Vielmehr wurden einige der Abstimmungen zu ersten baustellenübergreifenden Aktionen, von Arbeitern verschiedener Baustellen. Gegen 140 Arbeiter\_innen nahmen am 16. Mai an einer gemeinsamen Abstimmung beim Breitenrainplatz teil. Weitere 60 versammelten sich zwei Tage später in Köniz, am 24. Mai waren es dann rund um das Inselspital über 100. Bei jedem Treffen gab es lebhafte Diskussionen: Über die Frechheit der Chef\_innen, das Rentenalter nach oben setzen zu wollen. Über seit Jahren fehlende Lohnerhöhungen. Und darüber, wie man sich nun wehren könnte. «Wir haben es aktuell mit einer sehr ernsthaften Situation zu tun», sagte auch Chris Kelley, Mitglied der Sektorleitung Bau der Unia im Rahmen der Treffen. Und zu den Vorhaben der Baumeister\_innen erklärte er: «Das ist ein Totalangriff auf euch und auf eure Rechte!» Sätze, die mit grossem Applaus quittiert wurden.

## Die Demonstration

Als der Juni kam, waren bereits diverse zähe und in ihren Ergebnissen unbefriedigende Verhandlungsrunden vergangen. Der Baumeisterverband rückte nicht von seinen Abbauplänen bei der Rente ab. Nun musste mehr Druck auf die Chef\_innen ausgeübt werden. Das Mittel dazu: Eine Grossdemonstration in Zürich, um den Unternehmer\_innen die Entschlossenheit

ihrer Belegschaften vor Augen zu führen.

Am 23. Juni war es soweit: Tausende Bauarbeiter\_innen gingen in Zürich auf die Strasse und trugen ihre Empörung und ihre Forderungen damit medienwirksam in die Öffentlichkeit «Die Bauarbeiter sind wütend(...) Mehr als 18'000 Bauarbeiter – deutlich mehr als erwartet – nahmen an der Demonstration in Zürich teil», schrieb die Unia noch am selben Tag. Damit blieb sie nicht allein. «Über 18'000 Bauarbeiter haben am Samstag in Zürich für bessere Bedingungen in der Baubranche demonstriert», berichtete die NZZ. Und der Tagesanzeiger titelte: «Bauarbeiter ziehen die Boxhandschuhe an».

Der Manifestation waren wochenlange Vorbereitungen in allen Regionen der Schweiz vorausgegangen. Allein in Bern absolvierten Unia-Sekretär\_innen hunderte Baustellenbesuche. Versände, SMS-Nachrichten und natürlich die vielen Gespräche, welche die in der Unia organisierten Arbeiter\_innen mit ihren Kolleg\_innen führten, sorgten dafür, dass eine stattliche Delegation von Bern nach Zürich reiste. Mehrere hundert Beschäftigte aus unserem Kanton, teils mit Familie, beteiligten sich an der Demonstration.

Die Grossdemonstration machte auch dem SBV Eindruck. Nach dem Arbeiter\_innenmarsch in Zürich begann der Unternehmer\_innenverband einen Teil seiner Maximalforderungen aufzugeben. Plötzlich zeigte er sich bereit, bei der Rettung der Rente mit 60 mitzuarbeiten. Sogar ein Lohnangebot legte er vor. Doch dafür verlangte der SBV neue Verschlechterungen im Landesmantelvertrag: Neu wollte er



**Am 23. Juni sind Zürichs Strassen rot.** 18'000 Bauarbeiter aus der ganzen Schweiz demonstrieren für Lohn, LMV und die Rente mit 60

ein Zeitfenster von 300 «flexiblen» Stunden, die die Arbeiter\_innen nach den Wünschen der Chef\_innen abzuleisten hätten. Konkret würde dies mehr Zwölf-Stunden-Tage, mehr Stress und damit verbunden mehr Gesundheitsschäden für die Arbeiter\_innen bedeuten. Auf eine solche Forderung konnten sich Arbeiter\_innen unmöglich einlassen.

## Die Protesttage

Wird nicht gearbeitet, verdienen auch die Unternehmen kein Geld – das wissen Chef\_innen wie Beschäftigte. Für die, die sich das bestimmen gewohnt sind, ist schon das Aussprechen dieser Tatsache eine Drohung. Für die, die Häuser hochziehen und Strassen sanieren

zusammenhielten. Schon vor den Protesttagen hatten sie untereinander und mit der Gewerkschaft diskutiert, wie die Aktion am besten gelingen könnte. In Bern waren dafür auch die von der Unia einberufenen Firmenversammlungen entscheidend: Hier trafen die Beschäftigten eines Bauunternehmens zusammen. So konnten sie sehen, dass sie am Protesttag nicht allein dastehen, sondern auch Kolleg\_innen von anderen Baustellen mit ihnen die Arbeit niederlegen würden.

Am Ende führte das zum Erfolg. Wenige Wochen nach den Protesttagen kommt ein Verhandlungsergebnis zwischen Baumeisterverband und Gewerkschaften zustan-



**Beim Berner Protesttag** bleiben die Bagger stehen. Rund 1'000 Kolleg\_innen beteiligen sich am 1. November an der Arbeitsniederlegung

müssen, bleibt es der letzte Weg, sich gegen Frechheiten der Oberen zu wehren. Nach monatelangen Gesprächen mit dem Baumeisterverband war für Arbeiter\_innen und Gewerkschaft klar: Soll ein Durchbruch bei den Verhandlungen erreicht werden, muss die Arbeit auf den Baustellen stillstehen.

Zwischen 15. Oktober und 6. November wurde immer wieder die Arbeit niedergelegt. Nachdem bereits Búezer\_innen in der Westschweiz und im Tessin protestiert hatten, taten es ihnen am 1. November die Berner Arbeiter\_innen gleich. 1'000 von ihnen folgten dem Aufruf der Unia und demonstrierten in der Innenstadt. Auch entscheidende Baustellen, darunter die Bahnhofs- und die Inselspitalbaustelle, bleiben still. Nachdem wenige Tage später auch die Zürcher Arbeiterschaft protestierte, hatten insgesamt 16'000 Betroffene an der Bewegung teilgenommen.

Möglich wurde das, weil die Búezer\_innen, als es darauf ankam,

de. Auf den Berner Baustellen ist die Freude, teils auch die Erleichterung darüber gross. Nun, da das Ergebnis von beiden Seiten angenommen wurde, steht auch fest: Mit dem Januar wird auch die erste Lohnerhöhung kommen.

## Die Zukunft

Für die kommenden vier Jahre ist der Landesmantelvertrag gesichert. Doch bereits bei der Beratung des Verhandlungsergebnisses betonten die Bauarbeiter\_innen eines immer wieder: «Wir müssen uns auf die kommenden Auseinandersetzungen vorbereiten.» Tatsächlich gibt es in der Baubranche noch eine Reihe ungelöster Probleme: Vom Umgang mit Schlechtwetter über zunehmenden Stress und den immer häufigeren Rückgriff der Chef\_innen auf prekäre Temporärrarbeit. Lösungen nicht nur zu erarbeiten, sondern auch durchzusetzen, wird vor allem eines brauchen: eine noch stärkere Gewerkschaft mit entschlossenen Mitgliedern.

## Gartenbau

# 25 CHF mehr Mindestlohn – WTF?!

Die Gärtner\*Innen haben im Jahr 2018 viel geleistet – auch für ihre Arbeitsbedingungen. Getan haben sie das mit kreativen, tollen und zum Teil aussergewöhnlichen Aktionen. Man merkt: Sie wollen wirklich, dass sich Etwas bewegt und verändert. Leider ist das bei den Arbeitgeber\*Innen noch nicht angekommen. Statt bei Frühpensionierung, Ferien und Löhnen endlich vorwärts zu machen, haben sie bei den Verhandlungen auf 2019 nur einen einzigen Mindestlohn (von fünf Mindestlohnkategorien) um lächerliche 25 Franken erhöht. Die Enttäuschung und die Enttäuschung darüber war gross. In den letzten zwei Wochen vor Jahresende setzten die Gärtner\_innen noch einmal ein starkes Zeichen in Form einer Picturepetition. Mit den Parolen «Wollt ihr uns verarschen?!», «Danke für nichts!» oder «What the Fuck, 25 Franken?!» protestierten 100te von Gärtner\_innen gegen die Politik der Arbeitgeber. Es ist klar, dass es auch im Gartenbau endlich einen allgemeinverbindlichen GAV braucht, damit die Interessen der Gärtner\_innen ernst genommen und anständig geregelt werden. Dafür werden die in der Unia organisierten Gärtner\_innen auch 2019 kämpfen – jetzt erst recht!

➔ Gartenbauteam Einheit Bern/OAE



Zum Video



Gärtner\_innen bei ihrer Protestaktion im Dezember 2018



## Kantonale Abstimmungen vom 10. Februar 2019

### Energiegesetz

Beim Umbau der Energieversorgung will sich der Kanton Bern einen Ruck geben. Weniger Energieverbrauch und mehr erneuerbare Energie aus regionaler Produktion statt Öl und Gas aus der Arabischen Welt und Russland. Um dieses Ziel zu erreichen, soll bei allen Neubauten eine gewisse Eigenstromproduktion (vorzugsweise durch Solaranlagen) Pflicht werden. In Neubauten werden Ölheizungen verboten, bestehende Öl- und Gasanlagen dürfen nur dann ersetzt werden, wenn das Gebäude ausreichend isoliert ist. Den Gemeinden ist es zudem freigestellt, strengere Richtlinien fest-

zulegen (weitere Infos unter [www.energiegesetz-be-ja.ch](http://www.energiegesetz-be-ja.ch)).

Ein bürgerliches Komitee bekämpft dieses Gesetz mit dem Referendum. Allerdings gibt es auch bürgerliche Stimmen, die den Energieumbau unterstützen, weil er neue Geschäftsfelder eröffnet und Stellen im Bereich des Ausbaugewerbes schafft.

Das neue Energiegesetz liegt auf der Linie der Unia, die den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft unterstützt. Der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern (GKB) empfiehlt deshalb Ja zu stimmen.

### Polizeigesetz

Das vorgeschlagene kantonale Polizeigesetz hat aus gewerkschaftlicher Sicht einen grossen Fehler: Es erlaubt den Gemeinden Organisator\_innen von Kundgebungen unter bestimmten Bedingungen einen Teil der Kosten für den Polizeieinsatz aufzuerlegen – maximal 30'000 Franken. Mit dieser schwammigen Formulierung gerät das Demonstrationsrecht unter Druck. Es ist gut möglich, dass eines Tages auch Gewerkschafter\_innen die Wucht dieses Paragraphen zu spüren bekommen.

**Deshalb sagt der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern (GKB) Nein zu diesem Gesetz, das mit grosser Wahrscheinlichkeit die Falschen treffen wird.**

Hier noch drei weitere Gründe um ein Nein in die Urne zu legen: Das Gesetz gibt der Polizei weitgehende Befugnisse bei der Wegweisung von Personen aus öffentlichen Räumen (zum Beispiel vom Bahnhof Bern). Zudem lässt es Methoden der verdeckten Ermittlung zu, die sich an der Grenze zwischen von sinnvoller Polizeiarbeit und Schnüffelei befinden. Und schliesslich hat der Grosse Rat auch noch einen Passus eingefügt, mit dem Fahrende ohne Umstände von einem Standplatz vertrieben werden können.

Wer mehr wissen will, findet die Argumente unter [www.polizeigesetz-nein.be](http://www.polizeigesetz-nein.be)

➔ Johannes Wartenweiler,  
Sekretär Gewerkschaftsbund Kanton Bern

## Rückblick auf die Abstimmung über die Steuergesetzrevision vom 25. November 2019

# Eine Schlappe für die Steuersenker\_innen

**Jammern über zu hohe Steuern ist im Kanton Bern eine politische Konstante – und dies obwohl seit 30 Jahren die Belastung durch direkte Steuern sinkt. Im Steuerwettbewerb mit den kleinen Kantonen kann Bern mit seiner anspruchsvollen Topografie einfach nicht mithalten. Dass man sich trotzdem auf diesen schmutzigen Wettbewerb einlässt, hat weniger mit sachlichen Gründen als mit ideologischen Denkbildern zu tun. Es wäre Zeit, mal auszumisten – dann gäbe es auch kein böses Erwachen wie am 25. November 2018.**

Zuversichtlich gingen Regierungsrat und Grosser Rat mit ihrer Steuergesetzrevision für Unternehmen in den Abstimmungskampf. Auf 100 bis 150 Millionen Franken bezifferten sie die zu erwartenden Steuerausfälle. Dies sei verkraftbar. Eine Gegenfinanzierung war nicht vorgesehen. Ebenso wenig ein Plan B, falls die Abstimmung verloren ginge. Die Erinnerung an die im Kanton Bern besonders deutlich verlorene Abstimmung über die

Unternehmenssteuerreform III (USR III) des Bundes war offensichtlich schon verblichen.

Die Stimmbevölkerung aber lehnte die Vorlage mit 54 Prozent Nein-Stimmen ab. Sie war nicht bereit, für einen kleinen Teil der Unternehmen die Steuern zu senken. Sie wollte vor allem die damit verbundenen Steuerausfälle bei den Gemeinden nicht riskieren. Sie begriff, dass tiefere Unternehmenssteuern entweder mit zusätzlichen Sparpaketen oder höheren Steuern bei den natürlichen Personen auszugleichen wären.

Eine Abstimmung gewinnt sich allerdings nicht von selber. Ein breit abgestütztes Komitee, dem auch der Gewerkschaftsbund (GKB), der VPOD und die Unia angehörten, sorgen dafür, dass unsere Argumente bis in den hintersten Winkel des Kantons verbreitet wurden. Sinnfällig wurden in den grossen Gemeinden die drohenden Steuerlöcher mit genauen Frankenbeträgen plakatiert. Rechnen können die Menschen selber.

Wichtig war das Engagement vieler Gemeinden, die um ihrer Steuern bangten – allen voran Bern und

Biel. Biels FDP-Finanzdirektorin Silvia Steidle spielte als bürgerliche Warnerin vor Steuersenkungen auf dem Buckel der Gemeinden eine wichtige Rolle.

Auch die Gewerkschaften spielten eine wichtige Rolle. Wir verbreiteten unsere Argumente über unseren diversen Kanäle – Zeitungen, Briefe, Mails, SMS etc. Damit können im Kanton Bern rund 50'000 Haushalte oder rund 100'000 Personen erreichen werden. Auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund unterstützte die Nein-Kampagne, denn er sieht in den verschiedenen kantonalen Steuersenkungsvorhaben eine grosse Gefahr für die öffentlichen Finanzen und den Service public.

Fazit: Die Zeit der Steuersenkungen ist vorbei – das sollte die Berner Regierung zu Kenntnis nehmen. Steuersenkungen sind ein ideologisches Blendwerk für ein bestimmtes Publikum – aber überhaupt nicht sinnvoll und notwendig.

➔ Stefan Wüthrich, Leiter Einheit Bern/OAE

**Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia, Postfach 272, CH-3000 Bern 15 | **In Zusammenarbeit mit** Unia Einheit Bern/OAE, Monbijoustr. 61, 3007 Bern, T 031 385 22 22, F 031 385 22 20, [bern@unia.ch](mailto:bern@unia.ch) | **Redaktion** Julie Martinoia, Sina Stingelin, Stefan Wüthrich | **Gestaltungskonzept** ivony ltd, CH-8008 Zürich | **Layout** Bubenber Druck- und Verlags-AG, CH-3007 Bern | **Druck** Tagblatt Print, CH-9015 St. Gallen



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

[bern.unia.ch](http://bern.unia.ch)